

Ordo Politicus

Herausgegeben von Dieter Oberndörfer

Band 28

**Parteien und regionale
politische Traditionen in der
Bundesrepublik Deutschland**

Herausgegeben von

Prof. Dr. Dieter Oberndörfer

und Prof. Dr. Karl Schmitt



Duncker & Humblot · Berlin

DIETER OBERNDÖRFER / KARL SCHMITT (Hrsg.)

**Parteien und regionale politische Traditionen
in der Bundesrepublik Deutschland**

Ordo Politicus

Veröffentlichungen des Arnold-Bergstraesser-Instituts, Freiburg i. Br.

Herausgegeben von Prof. Dr. Dieter Oberndörfer

Band 28

Parteien und regionale politische Traditionen in der Bundesrepublik Deutschland

Herausgegeben von

**Prof. Dr. Dieter Oberndörfer
und Prof. Dr. Karl Schmitt**



Duncker & Humblot · Berlin

Gedruckt mit Unterstützung der Fritz Thyssen Stiftung und des
Ministeriums für Wissenschaft und Kunst Baden-Württemberg

CIP-Titelaufnahme der Deutschen Bibliothek

**Parteien und regionale politische Traditionen in der
Bundesrepublik Deutschland** / hrsg. von Dieter Oberndörfer
und Karl Schmitt. – Berlin: Duncker und Humblot, 1991
(Ordo Politicus; Bd. 28)
ISBN 3-428-07026-7
NE: Oberndörfer, Dieter [Hrsg.]; GT

Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der fotomechanischen
Wiedergabe und der Übersetzung, für sämtliche Beiträge vorbehalten

© 1991 Duncker & Humblot GmbH, Berlin 41

Satz: Hagedornsatz, Berlin 46

Druck: Berliner Buchdruckerei Union GmbH, Berlin 61

Printed in Germany

ISSN 0474-3385

ISBN 3-428-07026-7

Vorwort der Herausgeber

In der Parteienforschung der Bundesrepublik dominierte in den vergangenen Jahrzehnten die Betrachtung „von oben“: Die „Bonn-Fixierung“ (Haungs/Jesse) der Betrachter ließ sie vornehmlich die gesamtstaatliche Ebene der Parteien in den Blick nehmen. Der für die Bundesrepublik charakteristische Aufgabenzuwachs der Parteien, ihre „Verstaatlichung“, wurde vielfach stillschweigend mit ihrer „Nationalisierung“ gleichgesetzt. Die Ende der siebziger Jahre im Alltagsbewußtsein einsetzende Wiederentdeckung der Regionen, die inzwischen akkumulierten Ergebnisse der Erforschung historischer Landschaften und nicht zuletzt die zunehmende Infragestellung des monolithisch interpretierten Volksparteikonzepts legen es jedoch nahe, die auf gesamtstaatliche Gestalt und Funktion der Parteien gerichtete Sicht durch eine Perspektive zu ergänzen, die die räumliche Differenzierung und die regionale Verankerung der Parteien angemessen berücksichtigt. Erst eine Verbindung *beider* Perspektiven verspricht eine befriedigende Antwort auf die Frage, wie die trotz unablässig wiederholter Krisendiagnosen beachtliche Erfolgsbilanz der deutschen Parteien zu erklären ist.

Der Blick auf die regionale Wirklichkeit der bundesdeutschen Parteien war Ziel einer Arbeitstagung, die vom 8. bis 10. Juni 1988 im Arnold-Bergstraesser-Institut in Freiburg stattfand. An ihrer Vorbereitung war neben den Herausgebern auch Gerd Mielke wesentlich beteiligt. Der vorliegende Sammelband enthält die überarbeiteten Beiträge dieser Tagung. Zusätzlich aufgenommen wurden der Aufsatz von Heinrich Best über historische Kontinuitäten der politischen Regionen sowie die Fallstudie von Eike Hennig und Manfred Kieserling über die Frankfurter Kommunalwahl 1989.

Die Tagung wurde von der Fritz-Thyssen-Stiftung gefördert, die auch, ebenso wie das Ministerium für Wissenschaft und Kunst Baden-Württemberg, die Veröffentlichung dieses Bandes durch einen Zuschuß zu den Druckkosten ermöglicht hat. Beiden Institutionen sei für ihre großzügige Förderung gedankt.

Der Band erscheint nach der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und nach dem Ende der 1946 vollzogenen Spaltung des deutschen Parteiensystems, Ereignisse, die während der Freiburger Tagung jenseits der Vorstellungskraft der Teilnehmer lagen. Es gehört dagegen wenig Mut zu der Voraussage, daß diese Ereignisse den Blick für die regionalen Differenzen der deutschen Parteien schärfen werden.

Freiburg/Köln im Herbst 1990

*Dieter Oberndörfer
Karl Schmitt*

Inhaltsverzeichnis

Karl Schmitt

Parteien und regionale politische Traditionen. Eine Einführung	5
--	---

I. Grundfragen

Karl Rohe

Regionale (politische) Kultur: Ein sinnvolles Konzept für die Wahl- und Parteienforschung?	17
--	----

Heinrich Best

Politische Regionen in Deutschland: Historische (Dis-) Kontinuitäten	39
--	----

Helmut Jung

Regionale politische Kulturen und die Umfrageforschung: Offene Fragen, Lösungsmöglichkeiten und Grenzen	65
---	----

II. Die deutschen Parteien im Spannungsfeld zwischen nationaler Ausrichtung und regionaler Verankerung

Andreas Engel

Regionale politische Traditionen und die Entwicklung der CDU/CSU	89
--	----

Alf Mintzel

Regionale politische Traditionen und CSU-Hegemonie in Bayern	125
--	-----

Ursula Feist/Klaus Liepelt

Volksparteien auf dem Prüfstand: Die SPD und ihre regionalen politischen Traditionen	181
--	-----

Karl-Heinz Naßmacher

Die FDP als Regionalpartei	207
----------------------------------	-----

Helmut Fogt

Die Grünen in den Bundesländern. Das regionale Erscheinungsbild der Partei und ihrer Wählerschaft 1979–1988	231
---	-----

III. Fallstudien zur Bedeutung regionaler Traditionen für Entwicklung und Struktur des Parteiensystems

Jürgen W. Falter/Hartmut Bömermann

Die unterschiedlichen Wahlerfolge der NSDAP in Baden und Württemberg:
Ergebnis differierender Sozialstruktur oder regionalspezifischer Faktoren? . . . 283

Gerd Mielke

Alter und neuer Regionalismus: Sozialstruktur, politische Traditionen und Par-
teiensystem in Baden-Württemberg 299

Wolfgang Bick/Konrad Schacht

Alte und neue Wachstumsregionen: Indikatoren zum Vergleich der politischen
Entwicklung in Duisburg und Frankfurt 315

Eike Hennig/Manfred Kieserling

Eine Stadt – viele Welten: Urbane Probleme im Brennspeigel der Frankfurter
Kommunalwahl vom 12. 3. 1989 333

Oscar W. Gabriel

Das lokale Parteiensystem zwischen Wettbewerbs- und Konsensdemokratie:
Eine empirische Analyse am Beispiel von 49 Städten in Rheinland-Pfalz . . . 371

Die Autoren und Herausgeber 397

Parteien und regionale politische Traditionen

Eine Einführung

Von *Karl Schmitt*

I

Von den zugespitzten Formeln über die Charakteristika des politischen Systems der Bundesrepublik beschreibt die These vom „Parteienstaat“ wohl eines der langfristig bedeutsamsten Merkmale. Im Gegensatz zur Erfahrung der Weimarer Republik haben sich die westdeutschen Parteien auf allen Ebenen des politischen Systems als die zentralen Instrumente politischer Partizipation und demokratischer Herrschaft etabliert.

Das sprunghafte Anwachsen der Staatsaufgaben hat die Parteien vor neue Herausforderungen gestellt und zu einer deutlichen Verschiebung ihrer politischen Funktionen geführt. Die Konzentration auf den exekutiven Bereich des Daseinsvorsorgestaates begann, traditionelle Funktionen der Parteien wie die soziale und politische Integration ihrer Anhänger und die zielstrebige Artikulation von deren Interessen zu überlagern. In ihrer organisatorischen Struktur haben sich die Parteien der Verlagerung ihrer funktionalen Schwerpunkte angepaßt und sich so zu nationalen Großorganisationen mit differenziertem Aufbau und professionellem Apparat entwickelt. Das seit den fünfziger Jahren stetig ausgebaute System der Parteienfinanzierung aus öffentlichen Mitteln ist nur ein besonders sinnfälliges Indiz für den damit verbundenen Trend zu ihrer „Verstaatlichung“. Dieser Wandel im Charakter und im Selbstverständnis der westdeutschen Parteien war von einem Wandel des Verhältnisses zu den traditionellen Wählergruppen begleitet. Die Parteien lockerten ihre bislang engen Bindungen an ihre angestammten sozialen Milieus und wiesen schließlich ein im Vergleich zu Weimar weit weniger scharfes ideologisches und soziales Profil auf.

Das Ergebnis dieses Wandels: Funktionsverlagerung zur gouvernementalen Seite, Abschwächung der programmatischen und sozialen Profile, verbunden mit einer Konzentration des Parteiensystems auf drei die gesamte Fläche abdeckende Großformationen, wurde von der Parteienforschung auf den Begriff der „Volkspartei“ gebracht. Die Übernahme dieser griffigen Formel als dominantes Interpretationsraster hat jedoch eine Reihe von Blickverengungen mit sich gebracht, von denen der „Zentralisierungsmythos“¹ eine der wichtig-

sten ist. Die Parteien erscheinen in dieser Optik im wesentlichen als monolithische Gebilde ohne regionale Differenzierung.²

Erleichtert durch den Umstand, daß es in der Bundesrepublik erstmalig gelungen war, die in Deutschland traditionell konfliktreichen Beziehungen zwischen Zentralstaat und Einzelstaaten zu entdramatisieren, wurde die „Verstaatlichung“ der Parteien stillschweigend mit ihrer „Nationalisierung“ gleichgesetzt. Ähnliche Folgen zeitigte das Volkspartei-Konzept für die Wahrnehmung von Unterschieden in der regionalen Verwurzelung der Parteien. Die Neigung, die Angleichungstendenzen der Parteien für das „Eigentliche“ zu halten und die nach wie vor bestehenden Divergenzen der sozialen Profile als vernachlässigbare Reste vergangener Zeiten zu behandeln, ließ zugleich das Interesse an regionalen Disparitäten irrelevant erscheinen.³

Es verwundert angesichts dieser Fixierung auf die nationale Ebene nicht, daß die großen theoretischen Debatten, ob sie nun wie in den sechziger und siebziger Jahren um eine angenommene „Omnipotenz“ oder wie in den achtziger Jahren um eine vermeintliche „Impotenz“ der Volksparteien⁴ kreisten, ohne einen Bezug auf die regionale Realität der Parteien geführt wurde. Allerdings gilt dies auch für die empirisch-quantitativ arbeitende Parteienforschung, die sich bislang vornehmlich auf generalisierbare Aussagen über Gesamtparteien konzentriert hat.⁵

Auch die deutsche Wahlsoziologie als für die Frage der sozialstrukturellen Verwurzelung der Parteien wichtigster Daten- und Argumentationslieferant hat in ihrer bisherigen Praxis die nationale Verengung des Blickwinkels eher

¹ Peter *Haungs*: Bilanz zur Parteiendemokratie in der Bundesrepublik: Mehr Stärken als Schwächen, in: Ders. und Eckhard Jesse (Hrsg.): Parteien in der Krise?, Köln 1987, S. 93. Gerhard *Lehmbruch* spricht in seinem Vorwort zu Josef *Schmid*: Die CDU. Organisationsstrukturen, Politiken und Funktionsweisen einer Partei im Föderalismus, Opladen 1990, S. 7, von einem „Zentralisierungsklischee“, das in seiner Anwendung auf die CDU „Entwicklungslinien und Einflußstrukturen erheblich verzeichnet“ habe, ein Befund, den er auch für die SPD vermutet.

² Vgl. *Schmid*: a. a. O., S. 14: „Abweichungen vom monolithischen Bild der Parteien werden allenfalls als horizontale Fragmentierungen (d. h. an der Spitze der Partei) wahrgenommen“.

³ Vgl. Karl-Heinz *Naßmacher*: Parteien im Abstieg, Opladen 1989, S. 3, der darüber hinaus eine Neigung der Parteihistoriographie konstatiert, auch retrospektiv dort Einheit zu sehen, wo keine war, so etwa in der Gründungsphase der Parteien nach 1945.

⁴ So pointiert die Zusammenfassung des Verlaufs der Debatten bei Alf *Mintzel*: Großparteien im Parteienstaat der Bundesrepublik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 39 (1989), B 11/89, S. 4ff.

⁵ So werden bei Untersuchungen von Parteimitgliedern oder Parteieliten in der Regel Aggregate von Mitgliedern/Eliten und solche der Bevölkerung/Wählerschaft miteinander ohne regionalen Bezug verglichen. Neueres Beispiel: Hermann *Schmitt*: Neue Politik in alten Parteien, Opladen 1987. Auch bei räumlich begrenzter Datenbasis interessiert der regionale Bezug meist nicht. Neueres Beispiel: Oskar *Niedermayer*: Innerparteiliche Partizipation, Opladen 1989.

gefördert.⁶ Die mit Aggregatdaten arbeitende Wahlforschung betrachtet die räumliche Verteilung ihrer Einheiten in der Regel lediglich als Möglichkeit zur Maximierung der Varianz der abhängigen und unabhängigen Variablen bei der Erklärung nationaler Wahlergebnisse. Eine kleinräumig gegliederte und zugleich flächendeckende, in ihren Indikatoren differenzierte und kartographisch dokumentierte wahlsoziologische Landvermessung, wie sie die französische Wahlgeographie immer wieder hervorbringt,⁷ sucht man in der Bundesrepublik vergeblich. Das Interesse an regionalen Eigentümlichkeiten wird der historischen Wahlforschung überlassen und findet sich kaum in den Analysen der Nachkriegswahlen.⁸

Ähnliches gilt für die mit Umfragedaten arbeitende Wahlforschung. Die Konzentration auf die individuelle Wahlabsicht und die Parteiidentifikation als abhängige Variable bzw. auf deren Bedingungsfaktoren leistet einer Sichtweise Vorschub, bei der die Parteien in erster Linie als auf das Gesamtsystem ausgerichtet erscheinen und in der die regionale Verwurzelung keine konzeptuelle Rolle spielt. Die jeweils regionalspezifisch gegebene organisatorische, programmatische und personelle Erscheinungsform der einzelnen Parteien (wie auch der jeweiligen Parteienkonstellationen insgesamt) wird damit schon vom Ansatz her als Bezugsrahmen individueller Wahlentscheidung aus dem Blickfeld ausgeblendet. Umfragen sind daher in aller Regel als nationale Repräsentativerhebungen angelegt und erlauben demgemäß allein vom Stichprobenumfang statistisch abgesicherte Aussagen über subnationale Einheiten nur in Ausnahmefällen. Der unbestreitbare Fortschritt des Datenerhebungsinstrumentariums wurde also mit Einbußen an raumbezogener Aussagekraft erkauft.

II

Den Autoren der in diesem Band enthaltenen Beiträge ist die Auffassung gemeinsam, daß die Dominanz der gesamtstaatlichen Perspektive der Parteienforschung einer Korrektur bedarf. Dabei geht es jedoch nicht um die Ersetzung

⁶ „Die Provinz als Barometer“ — so der (ungeachtet der Berechtigung in der Sache) für diese Optik charakteristische Titel eines Aufsatzes von Werner *Kaltefleiter* in: *Transfer. Wahlforschung. Sonden im politischen Markt*, Opladen 1976, S. 68 - 73.

⁷ Neuere Beispiele: Hervé *Le Bras*/Emmanuel *Todd*: *L'invention de la France. Atlas anthropologique et politique*, Paris 1981; Frédéric *Bon*/Jean-Paul *Cheyran*: *La France qui vote*, Paris 1988 sowie das monumentale Werk von Yves *Lacoste* (Hrsg.): *Géopolitiques des régions françaises*, 3 Bde., Paris 1986.

⁸ Zu den Ausnahmen zählen Hans-Dieter *Klingemann*: *Bestimmungsgründe der Wahlentscheidung*, Meisenheim 1969; Heinz *Sahner*: *Politische Tradition, Sozialstruktur und Parteiensystem in Schleswig-Holstein*, Meisenheim 1972 sowie Alf *Mintzel*: *Die CSU. Anatomie einer konservativen Partei*, 2. Aufl. Opladen 1978; Herbert *Kühr* (Hrsg.): *Vom Milieu zur Volkspartei*, Königstein 1979.